



Förderung der globalen Agenda

1. Wir, die Staats- und Regierungschefs von Italien, Brasilien, Kanada, der Volksrepublik China, Frankreich, Deutschland, Indien, Japan, Mexiko, Russland, Südafrika, dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten von Amerika und der Präsident der Europäischen Kommission, gemeinsam mit den Staats- und Regierungschefs von Ägypten sowie Schweden, welches den Vorsitz des Rates der Europäischen Union führt, verpflichten uns, gemeinsam an den globalen Herausforderungen zu arbeiten und das internationale Regierungshandeln zu verbessern. Unser Ziel hierbei ist die Förderung einer echten Partnerschaft im Rahmen eines stärkeren multilateralen Systems. Wir werden zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass die Weltwirtschaft wieder auf einen Wachstumspfad zurückkehrt, der ausgewogen, gerecht und nachhaltig zum Wohle aller und insbesondere der schwächsten Bevölkerungsgruppen ist. Wir werden uns gegen Protektionismus zur Wehr setzen und offene Märkte für Handel und Investitionen fördern. Wir werden einen Beitrag zur Absicherung der Ernährungs- und Energiesicherheit leisten. Wir werden die Entwicklungsländer bei der Bewältigung der Auswirkungen der Krise und bei der Wiederherstellung der Voraussetzungen für zukünftigen Fortschritt unterstützen. Wir haben eine gemeinsame Zielvorstellung im Hinblick auf Entwicklung und werden Ressourcen mobilisieren, um den dringenden Entwicklungserfordernissen Rechnung zu tragen und einen Beitrag zur Erreichung der international vereinbarten Entwicklungsziele - einschließlich der Millenniums-entwicklungsziele (MDGs) - zu leisten.
2. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Notwendigkeit einer verstärkten internationalen und multilateralen Zusammenarbeit deutlich erhöht. Wir sind energischer vorgegangen und haben viel enger miteinander zusammengearbeitet als in früheren Wirtschaftskrisen. Wir verpflichten uns uneingeschränkt zur raschen Umsetzung der Beschlüsse der Gipfeltreffen in Washington und London, einschließlich der Entscheidungen zu einer stärkeren Finanzmarktregulierung, zur Reform der Internationalen Finanzinstitutionen

(IFIs) sowie zur angemessenen Mittelausstattung dieser Institutionen. Darüber hinaus ist es wichtig sicherzustellen, dass die Volkswirtschaften der Entwicklungsländer, insbesondere der einkommensschwachen Länder, in der Lage sind, die Auswirkungen der Krise zu bewältigen.

3. Auf dem Gipfeltreffen in Heiligendamm 2007 haben unsere dreizehn Länder die Initiative zum Aufbau einer gleichberechtigten und dauerhaften Partnerschaft zu Schlüsselthemen der globalen Agenda ergriffen. Wir haben unseren allgemeinen Dialog in offener, transparenter und konstruktiver Weise weitergeführt und ein gemeinsames Verständnis und Vertrauen geschaffen, wie in dem beigefügten Abschlussbericht unterstrichen wurde. Dieser Dialog bringt uns einen großen Schritt bei unserer Suche nach Lösungen voran und stellt eine Ergänzung zu formalen Verhandlungen in multilateralen Institutionen und Foren dar. Wir werden eine solide und strukturierte Zusammenarbeit pflegen, um eine Verständigung über Schlüsselfragen zu erreichen und so die globale Agenda voranzubringen. Wir haben uns entschlossen, unsere Partnerschaft in den kommenden zwei Jahren auf gleicher Augenhöhe, wie in dem beigefügten Vermerk zur Agenda des Heiligendamm-L'Aquila-Prozesses (HAP) beschrieben, fortzusetzen. Dieser Prozess wird ergebnisorientiert sein und sich auf globale Herausforderungen konzentrieren, die für unsere Länder von gemeinsamen Interesse und wesentlicher Bedeutung sind. Wir haben den Lenkungsausschuss des HAP beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zu organisieren und einen gründlichen Bericht für das Gipfeltreffen in Muskoka 2010 zu erarbeiten, in dem die erreichten Fortschritte überprüft und Leitlinien für die nächsten Schritte unserer gemeinsamen Arbeit aufgestellt werden. Auf Grundlage der Ergebnisse unseres Dialogs streben wir danach, unser Zusammenwirken auf allen Ebenen zu intensivieren, um unsere gemeinsame Fähigkeit zur Förderung der globalen Agenda zu stärken.

Debatte über eine globale Agenda für wirtschaftlichen Aufschwung und ein ausgewogenes, integratives und nachhaltiges Wachstum

4. Wir sind zur Zusammenarbeit bereit, um mittelfristig einen umweltfreundlichen Wirtschaftsaufschwung auf Basis stabiler und dauerhafter Voraussetzungen für ein nachhaltiges, ausgewogenes, innovatives und integratives Wachstum sicherzustellen. Wir haben eine Debatte über eine globale Agenda für wirtschaftlichen Aufschwung und Wachstumsquellen der Zukunft geführt, sowohl im Hinblick auf volkswirtschaftliche als auch strukturelle Aspekte. Hierzu werden wir folgende Schritte ergreifen:
 - Wir werden ein Makroumfeld fördern, das zur einer kräftigen und ausgewogenen Wiederankurbelung des inländischen privaten Konsums und damit zu einer Wiederbelebung der Nachfrage beiträgt. Hierzu ist eine

Sanierung des Bankensektors in einigen Ländern erforderlich sowie die Wiederaufnahme der Darlehensvergabe auf einer soliden Basis.

- Auf der einen Seite werden wir unsere Volkswirtschaften weiterhin mit allen nötigen Maßnahmen zur Abmilderung der Krise unterstützen, auf der anderen Seite werden wir anfangen, Exitstrategien für die ergriffenen außerordentlichen Krisen-bewältigungsmaßnahmen zu entwickeln, die eingesetzt werden sollen, sobald die wirtschaftliche Erholung gesichert ist, damit mittelfristig eine nachhaltige Geld- und Fiskalpolitik gewährleistet wird.
- Wir werden unsere Anstrengungen zur Ankurbelung der Binnennachfrage und zur Förderung eines kräftigen, ausgewogenen, integrativen und nachhaltigen globalen Wirtschaftsaufschwungs bündeln. Wir werden eine angemessene Anpassung der Spareinlagen und Investitionen entsprechend der jeweiligen nationalen Gegebenheiten fördern und zu diesem Zweck zusammenarbeiten.
- Wir werden von wettbewerbsbedingten Abwertungen unserer Währungen absehen und ein stabiles und effizient funktionierendes internationales Währungssystem fördern.
- In der Besorgnis über die mit der Krise verbundenen hohen Sozialkosten im Hinblick auf Arbeitslosigkeit und Armut sind wir entschlossen, unsere Bemühungen der sozialen Dimension der Krise zu widmen und dabei den Sorgen der Menschen Priorität zu geben. Wir modernisieren, stärken und erhöhen die Effizienz der Maßnahmen zur sozialen Sicherheit einschließlich der sozialen Netze, des Gesundheits- und des Bildungswesens. Eine stärkere und nachhaltige soziale Sicherung, die den Ausbau und Erhalt von Beschäftigung und Fähigkeiten fördert, wird ebenfalls die globale Nachfrage unterstützen und wieder ins Gleichgewicht bringen. Wir werden uns über bewährte Praktiken austauschen, um jene zu unterstützen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben oder von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Wir werden unsere Ausbildungskapazitäten so ausbauen, dass sie den neuen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt gerecht werden.
- Wir sind entschlossen, die Reform zur Regulierung und Überwachung unseres Finanzsystems voranzubringen, um starke Konjunkturschwankungen zu verhindern und werden daran arbeiten, die Zuverlässigkeit, Integrität und Transparenz der internationalen Finanz- und Wirtschaftstätigkeit sicherzustellen. Wir unterstützen ein internationales Finanzsystem, das weltweite wirtschaftliche und finanzielle Stabilität fördert.
- Wir werden eine Reihe von Maßnahmen in den Bereichen Humankapital, Forschung, Infrastruktur sowie Förderung und Schutz von Innovationen zur Ankurbelung eines höheren Wachstumspotentials einleiten. Wir werden uns

mit mehr Nachdruck für die Entwicklung landwirtschaftlicher und kleiner Betriebe einsetzen, um so den Wirtschaftsaufschwung integrativer und widerstandsfähiger zu machen.

- Wir werden die Entwicklung, die Verbreitung und den gemeinsam vereinbarten Transfer von sauberen, CO₂-armen Technologien fördern und erleichtern, wodurch CO₂-Emissionen verringert und die Energieeffizienz gesteigert und folglich die Energiesicherheit erhöht und der Zugang zu Energie verbessert werden. Wir bekräftigen erneut unseren politischen Willen zur Erreichung eines umfassenden, gerechten, effektiven und einvernehmlichen Ergebnisses gemäß dem Grundsatz der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung und der jeweiligen Leistungsfähigkeit auf der Konferenz zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen im Dezember in Kopenhagen.
 - Wir werden weiter daran arbeiten, die Mandate, den Aufgabenbereich und die Verwaltung der Internationalen Finanzinstitutionen zu reformieren, um deren Bedeutung, Effektivität und Legitimität zu erhöhen sowie die Verantwortlichkeit und Glaubwürdigkeit der IFIs zu verbessern und um eine bessere Berücksichtigung und Vertretung der Volkswirtschaften der Schwellen- und Entwicklungsländer, einschließlich der ärmsten Länder, zu gewährleisten.
5. Wir werden regelmäßige Konsultationen zu strukturellen und makroökonomischen Themen in allen geeigneten Foren fördern. Ein vertiefter internationaler Dialog und eine bessere Zusammenarbeit werden dazu beitragen, ein robusteres, gerechteres und dauerhaftes globales Wachstumsmodell aufzubauen und so schrittweise zu einer ausgewogenen globalen Weltwirtschaft zu gelangen und diese aufrechtzuerhalten.

Unterstützung für offene Märkte und Abschluss der Doha-Runde

6. Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, die Offenheit der Märkte zu erhalten und zu fördern und lehnen jede Form von protektionistischen Maßnahmen im Bereich Handel und Investitionen ab. Wir betonen, wie wichtig die Einhaltung des in London erneuerten Stillhalteabkommens ist, wonach Maßnahmen zu unterlassen bzw. umgehend abzuschaffen sind, durch die Handels- und Investitionsschranken aufgebaut werden. Wir bekräftigen unsere Forderung, dass die WTO gemeinsam mit anderen internationalen Gremien innerhalb ihrer jeweiligen Mandate die Situation überwachen und vierteljährlich öffentlich über die Einhaltung dieser Verpflichtungen berichten soll.
7. Gemeinsam mit den Staats- und Regierungschefs von Australien, Indonesien und Südkorea und unter Anwesenheit des Generaldirektors der Welthandelsorganisation sind wir entschlossen, einen ehrgeizigen und ausgewogenen Abschluss der Doha-Entwicklungsrunde 2010 zu erreichen, der im Einklang mit ihrem Mandat steht und auf den bisherigen Fortschritten, auch hinsichtlich der Modalitäten, aufbaut. Wir sehen eine höhere Transparenz und ein besseres Verständnis der bisherigen Verhandlungsergebnisse als notwendige Voraussetzung an, um den Abschluss einer Vereinbarung zu ermöglichen. Um die noch verbliebenen Lücken in den Verhandlungen so schnell wie möglich zu schließen, beauftragen wir unsere für Handelsfragen zuständigen Minister, sämtliche Möglichkeiten für einen direkten Einsatz innerhalb der WTO umgehend auszuloten und ein Handelsministertreffen vor dem Gipfel in Pittsburgh abzuhalten.

Förderung und Schutz grenzüberschreitender Investitionen zum gegenseitigen Nutzen

8. Wir sehen internationale Investitionen als eine Hauptquelle für Wachstum, Beschäftigung, Innovation und Entwicklung in unseren Ländern an. Wir fühlen uns verpflichtet, die positiven Auswirkungen von Investitionen als einen Katalysator für nachhaltige Entwicklung zu maximieren, unter anderem durch eine weitere Verbreitung der Standards zur sozialen Verantwortung von Unternehmen und durch eine Minimierung protektionistischer Lösungsansätze. Es besteht weiterer Diskussionsbedarf über wesentliche Grundsätze zur Erhöhung der Berechenbarkeit und Stabilität des internationalen Investitionsumfelds, die als Grundlage für einen kohärenten gemeinsamen Rahmen dienen könnten.
9. Auf den Ergebnissen dieses Prozesses aufbauend werden wir weitere geeignete Schritte in Betracht ziehen, wobei Schwellen-, Entwicklungs- und Industrieländer sowie bedeutsame internationale Organisationen und andere wichtige Akteure einbezogen werden.

Verantwortungsvolle Politik für eine integrative und nachhaltige Entwicklung

10. Wir sind zutiefst beunruhigt über die schwerwiegenden Auswirkungen der globalen Krise im Hinblick auf Wachstum und Armutsbeseitigung in den Entwicklungsländern. Wir bekräftigen unsere gemeinsame Verpflichtung, durch wirtschaftliches Wachstum sowie durch Förderung von Frieden und Sicherheit, vor allem in Afrika, zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele beizutragen. Mit großer Besorgnis sehen wir die Schätzungen der Weltbank und anderer Entwicklungsinstitutionen hinsichtlich der Anzahl von Menschen und insbesondere von Kindern, die in Folge der Krise von Tod oder Armut bedroht sind. Wir betonen, dass die Entwicklungsländer von den Auswirkungen des Klimawandels am stärksten betroffen sind, und dass dieser ihre Fähigkeit zur Erreichung der international vereinbarten Entwicklungsziele, einschließlich der Millenniumsentwicklungsziele, zunehmend gefährdet. Wir setzen uns dafür ein, jegliche Entwicklungsressourcen zu mobilisieren, während wir weiterhin entschlossen daran arbeiten, die ordnungsgemäße Weiterführung und Umsetzung des Konsenses von Monterrey und der Erklärung von Doha zur Entwicklungsfinanzierung zu gewährleisten. Wir erkennen an, dass die Mobilisierung finanzieller Mittel für Entwicklung und der effektive Einsatz dieser Ressourcen von zentraler Bedeutung für die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung sind. Im Zuge dieser umfassenden Bemühungen sind die G8-Staaten bereit, ihren ODA-Verpflichtungen, insbesondere gegenüber Afrika südlich der Sahara, einschließlich der Verpflichtungen im Rahmen von „Aid for Trade“ und des Schuldenerlasses, nachzukommen.

11. Wir wollen unseren Dialog und unsere Partnerschaft mit einkommensschwachen Ländern auf Grundlage einer Reihe von Kerngrundsätzen für Entwicklung intensivieren:

- *Förderung effektiver und verantwortungsvoller Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung:* Wir sind entschlossen, mit einkommensschwachen Ländern und insbesondere mit Ländern in schwierigen Situationen in verantwortungsvoller Weise zusammenzuarbeiten. Wir achten und unterstützen die Eigenverantwortung und Führungsrolle der Partner in den Entwicklungsländern bei der Festlegung und Umsetzung von Entwicklungsprioritäten und werden die Koordination zwischen den Entwicklungspartnern fördern. Wir verpflichten uns uneingeschränkt, unsere Abstimmung zu verbessern und die „Accra Agenda for Action“ umzusetzen sowie die Qualität, Berechenbarkeit und Effektivität der Entwicklungsmaßnahmen mit dem Ziel der Maximierung ihrer Wirksamkeit zu erhöhen. Wir werden weiterhin Grundsätze zu Schuldentragfähigkeit und Transparenz fördern, die wir in anderen Foren beschlossen haben. Wir werden sicherstellen, dass klimabezogene Maßnahmen in einen umfassenden Entwicklungsansatz integriert werden.

- *Förderung von verantwortungsvoller Regierungsführung, Rechenschaftspflicht und Transparenz:* Wir bekräftigen die Wichtigkeit der Förderung von verantwortungsvoller Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit, wozu ein verantwortungsvoller und transparenter Einsatz von öffentlichen Mitteln sowie geeignete politische Rahmenbedingungen und Entscheidungsprozesse notwendig sind, die auf eine nachhaltige Entwicklung abzielen. Wir werden die gegenseitige Rechenschaftspflicht stärken sowie den Fortschritt der Entwicklungsinitiativen bewerten und entsprechend Informationen zu diesen Initiativen zur Verfügung stellen.
- *Förderung von Partnerschaft, Dialog und Kapazitätenentwicklung:* Wir erkennen an, dass es von höchster Wichtigkeit ist, alle Entwicklungsakteure - Regierungsbehörden auf zentraler und lokaler Ebene, die Zivilgesellschaft und den Privatsektor - einzubeziehen, um die international vereinbarten Ziele, einschließlich der Millenniumsentwicklungsziele, zu erreichen. Wir sind entschlossen, die Bemühungen der Partnerländer beim Aufbau von leistungsfähigen und effektiven Regierungen, starken und transparenten Institutionen sowie gesunden und engagierten Gesellschaften zu unterstützen. Wir messen der Dreieckskooperation einen besonderen Stellenwert bei, mittels derer eine wichtige Verbindung geschaffen und die Synergien zwischen der Süd-Süd- und der Nord-Süd-Zusammenarbeit ausgebaut werden können. Wir vereinbaren, eine effektive Dreieckskooperation auf Einzelfallbasis und entsprechend unserer jeweiligen nationalen Kapazitäten anzustreben.
- *Stärkung multilateraler und regionaler Institutionen,* die zunehmend eine herausragende Rolle im Bereich Entwicklung einnehmen, auch durch die Förderung von Einkommen und Beschäftigung, wirtschaftlicher Integration, Handel und Zusammenarbeit auf regionaler Ebene sowie von Frieden und Sicherheit.

12. Wir verpflichten uns, den Reformprozess in internationalen Organisationen - einschließlich der VN - voranzutreiben, damit diese die gegenwärtigen Verhältnisse und Herausforderungen widerspiegeln und folglich die Bedeutung, Legitimation und Effizienz dieser Organisationen erhöht wird. Hierzu fordern wir den Lenkungsausschuss des HAP auf, koordinierte Ansätze zur Stärkung des Reformprozesses von internationalen Fachinstitutionen, die sich mit Fragen der Ernährungssicherheit befassen, zu prüfen. Wir sind entschlossen, die Kohärenz des multilateralen Systems zu stärken und begrüßen eine engere Koordinierung der internationalen Organisationen. Wir fordern vor allem die einschlägigen Organisationen der Vereinten Nationen sowie den IWF, das FSB, die ILO, die OECD, die WB und die WTO auf, in koordinierter Weise vorzugehen.